

V0587/23

Weiteres Vorgehen Projekt „Aufgabenkritik“
(Referenten: Herr Kuch, Herr Fleckinger)

Antrag:

Der Ausschuss nimmt das weitere Vorgehen zum Projekt Aufgabenkritik zur Kenntnis.

Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit	11.07.2023	Bekanntgabe
Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht	13.07.2023	Bekanntgabe
Stadtrat	25.07.2023	Bekanntgabe

Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht vom 13.07.2023

Stadtrat Stachel führt aus, dass im Bereich der Stiftungen mal daran gedacht worden sei, die Betreuung unterschiedlicher Stiftungen auf verschiedene Referate zu verteilen, dies hinterfrage er allerdings kritisch.

Herr Kuch teilt mit, dass bezüglich dem Stiftungsrecht keine Änderungen vorgenommen werden sollen. Es werde weiterhin zentral durch den Stiftungsreferenten betreut.

Stadtrat Grob führt aus, dass seiner Meinung nach, viele plakative Dinge enthalten seien und jeder wisse, dass die Digitalisierung der Verwaltung verbessert und die Effizienz erhoben werden müssen. Stadtrat Grob habe aus dem Kontext der Stellenmehrung eine konkrete Maßnahme erwartet, sodass bei richtiger Umsetzung eine bestimmte Zahl an Vollzeitäquivalente eingespart werden, denn im Moment seien es seiner Meinung nach nur Willenserklärungen, was besser gemacht werden könne, um möglicherweise Entlastungen für die gesamte Verwaltung zu erzielen. Stadtrat Grob ist aber der Ansicht, dass es wichtig sei zu wissen, wo konkret eingespart werden könne und an welche Stellen man rangehen könne.

Herr Müller teilt zur Frage von Stadtrat Stachel mit, dass der gesamte Rechtsteil, der Grundsatzteil, die regemäßigen Kontakte und Austausch mit der Stiftungsaufsicht weiterhin von ihm ausgeführt werde. Seiner Meinung nach beziehen sich die gestellten Anträge im Wesentlichen auf die betriebswirtschaftliche Seite. Bezüglich dem Thema operative Bearbeitung der Satzungszwecke sei Herr Müller im Austausch mit Direktor Huber, um eine zentrale Lösung für den betriebswirtschaftlichen Teil und die Zentralisierung der finanziellen Aussagen zu den einzelnen Stiftungen zu finden.

Stadtrat Werner pflichtet der Aussage von Herrn Müller bei, dass das Stiftungsrechtliche und das wirtschaftliche weiterhin betrachtet werden müsse. Bezüglich der Aufgabenkritik führt er aus, dass diese immer gewollt gewesen sei und nun sei es endlich da und werde aber nicht hinreichend gewürdigt. Stadtrat Werner erwähnt, dass er bezweifle, dass es zu dem jetzigen Zeitpunkt seriös sei, Stellenstreichungspotenziale zu entwickeln, denn jetzt seien erst die

Prozesse untersucht worden und es sei sehr beachtlich, dass ganz konkrete Projekte identifiziert und aufgesetzt worden seien, die aufzeigen, wie Aufgaben effizienter zu bewältigen seien. Stadtrat Werner verdeutlicht, dass er äußerst unzufrieden sei mit dem Projekt, wenn dort in fünf Jahren nicht stehe, dass durch die effektivere Gestaltung der Prozesse x-Stellen eingespart worden seien. Es sei allerdings dahingestellt, dass dies insgesamt im Personalhaushalt eine Entlastung bringe. Seiner Meinung nach gebe es in der Stadtverwaltung Bereiche, die hoffnungslos unterbesetzt seien und wenn freiwerdende Stellen dort eingesetzt werden können, sei dies eine große Hilfe. Dennoch teilt Stadtrat Werner die Meinung von Stadtrat Grob, dass das Thema immer wieder zu debattieren sei.

Herr Kuch hebt vor, dass wenn man sich darüber beklage, keine Stellen Sparvorschläge oder Budget Einsparungsvorschläge als konkrete Empfehlung zu haben, bittet er darum, ein Jahr zurück zu gehen, als man mit dem Stadtrat und auch innerhalb der Verwaltung mit Herrn Fleckinger und der Stadtspitze gegenüber der Firma Kienbaum sich um die Aufklärung bemüht habe. Es sei schnell klar gewesen, dass es keine Vorgaben bezüglich Stellenkürzungen und Budgeteinsparung geben werde. Herr Kuch merkt an, dass er das deutlich in der Sitzung des Stadtrates im Juli 2022 dargestellt habe, und dies auch im Protokoll vermerkt sei. Herr Kuch denkt aber, dass man mit den Dingen, die man nun vorgeschlagen bekommen habe, die Digitalisierung noch einmal stark in effiziente Prozesse vertiefen könne. All das sei dringend notwendig, denn schon jetzt habe man massiv damit zu kämpfen, Stellen in größerem Umfang nicht besetzen zu können und ohne diese Effizienzgewinne, ohne gesteigerte Digitalisierung der internen Prozesse haben die Projekte mit Kienbaum erhebliche Potenziale aufgezeigt und ohne diese Dinge sei es nicht möglich die Herausforderungen der unbesetzten Stellen zu meistern. Zum Schluss weist Herr Kuch darauf hin, selbst wenn man von Anfang an Kienbaum beauftragt hätte, dass man Einsparungen von x-Millionen benötige und es hätte konkrete Vorschläge gegeben, Aufgaben und auch Personal zu kürzen, wage Herr Kuch zu bezweifeln, dass das heute konsensfähig gewesen wäre. Herr Kuch vermutet, dass es so einen Konsens nur geben könne, wenn man akute Probleme beim Haushaltsausgleich habe oder die Regierung von Oberbayern in das Stammbuch schreibe, man müsse für die Haushaltsgenehmigung 200 Stellen abbauen.

Bürgermeisterin Deneke-Stoll trägt vor, dass auch sie Bereiche in der Stadtverwaltung kenne, die überlastet seien und dann sei es wichtig, der Fürsorgepflicht gegenüber den Mitarbeitern nachzukommen.

Stadtrat Grob hebt vor, dass man einem arrivierten Unternehmen wie der Firma Kienbaum keine Vorgaben machen könne, was bei der Untersuchung rauskomme, denn das lasse sich kein guter Gutachter gefallen. Auch wenn man keine Vorgaben mache, sei es wichtig zu äußern, was man erwarte und die Priorisierungen seien für ihn Empfehlungen, wie das Gutachten aufgebaut sei und es gebe dann eine Berechnung, was tatsächlich für ein Einsparpotential in der Verwaltung gesehen werde.

Herr Kuch führt aus, dass für diese Empfehlungen eine Begleitung geplant sei über ein Projekt Controlling durch die OEPE, die prüfen, was abgearbeitet sei. Wenn es möglich sei, dort Einsparungen zu quantifizieren, werde das dargestellt und dann nicht nur verwaltungsintern berichtet, sondern auch gegenüber dem Finanzausschuss. Eine externe Begleitung sei nicht bewusst vorgesehen, und in dem Fall gebe es keinen Anschlussauftrag für die Firma Kienbaum, da man verwaltungsintern der Auffassung sei, dass man das auch durch den Zentralbereich leisten könne und es werde ein begleitendes Projektcontrolling durch das Referat I geben.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Verwaltungsvorlage zur Kenntnis.